

Fraktion

Aktive Bürger Bornheim

Pressemitteilung

Wir bitten unsere Pressemitteilung bei der Berichterstattung zu beachten.

ABB-Fraktion im Rat der Stadt Bornheim beschließt Verkehrskonzept

Die ABB-Fraktion im Rat der Stadt Bornheim hat am 05. Februar 2021 nach ausführlicher Diskussion ein Verkehrskonzept für die Stadt Bornheim einstimmig beschlossen.

- Mobilität heißt für die ABB-Fraktion, dass der Auto- und LKW-Verkehr bei gleichberechtigter Behandlung aller Verkehre (Autoverkehr, Radverkehr, Fußgänger und ÖPNV) weiter rollen soll und dass mögliche Alternativen mit folgenden Schwerpunkten weiter entwickelt werden sollen.
- Den Radverkehr in Bornheim will man sicherer machen. Das heißt: Unfallschwerpunkte entschärfen, Gefahrenstellen erkennen und so weit wie möglich abstellen!
- Wo ausreichend Platz vorhanden ist, will man die Trennung der Verkehrsflächen für Fußgänger vom Rad- und Straßenverkehr zur Unfallvermeidung. Bei gemischten Fuß und Radwegen mit zu geringer Breite will man E-Scooter und E-Bikes auf die Straße verweisen. Fahrzeuge mit Geschwindigkeiten von 20 km/h bis 30 km/h stellen eine Gefahr für Fußgänger dar und sollten deshalb nicht grundsätzlich Fußgängerwege benutzen müssen.
- Man will einen wirtschaftlichen und keinen überdimensionierten Ausbau der Verkehrswege. Der Ausbau bei neuen Straßen soll nur dann nach RAST (Richtlinie zum Ausbau von Straßen) erfolgen, wenn ausreichend Platz vorhanden ist und die Anlieger die Grundstücke freiwillig an die Stadt verkaufen. Enteignungen lehnt man in diesem Zusammenhang grundsätzlich ab. Ist nicht genug Platz vorhanden, soll der Ausbau nur mit einseitigem Fuß- und Radwege erfolgen.
- Beim Neubau von Straßen soll ein einseitiger Rad- und Fußgängerweg verpflichtend geplant werden. Eine Planung nach RAST ist auszuführen, wenn ausreichend Platz für beidseitige Radwege vorhanden ist und die Anlieger nicht zusätzlich finanziell damit belastet werden.
- Unnötige Verkehre durch “erzwungene” Umwegfahrten sollen zukünftig vermieden werden. Ein Beispiel sei aktuell die Situation an der Haltestelle der Linie 16 in Hersel. Durch die Taktverdichtung von 20 auf 10 Minuten wurde der Autoverkehr gezwungen, um dem Stau zu entgehen, auf Umwege auszuweichen (Uedorfer Weg).
- Vorhandenen Buslinien will man bzgl. der Nutzung einer Überprüfung unterziehen. Buslinien, die nicht oder nur selten genutzt werden, sollen wirtschaftlicher betrieben werden. Im Zweifelsfall soll die Taktdichte in Zeiten schwacher Ausnutzung angepasst und soweit wie möglich kleinere Busse eingesetzt werden.
- An sinnvollen Stellen sollen Ladestationen für Elektro-Zweiräder und E-Scooter geschaffen werden. Die ABB will keine Förderung bzw. Bezuschussung der Stadt für Ladestationen für Elektro-Kraftfahrzeuge. Elektroautos seien keine Zukunftstechnologie, bestenfalls eine zeitlich beschränkte Übergangslösung zu Kraftfahrzeugen mit schadstoffärmeren Verbrennungsmotoren.
- Die ABB will eine Taktverdichtung bei der Linie 16 und 18 nur in den Zeiten, an denen viele Fahrgäste unterwegs sind, die Bahnen voll ausgelastet bzw. überlastet sind, also in den Hauptzeiten. Darüber hinaus sollte es mehr Fahrten in den Randzeiten (früh morgens und nachts) für alle im Schichtdienst Beschäftigten geben. Eine generelle grundsätzliche, nicht durch Überlastung erzwungene, Taktverdichtung lehnt man aus Kostengründen ab. Eine Steigerung der Fahrgäste und eine Verringerung des Autoverkehrs sei beispielsweise bei der Linie 16 nach der Taktverdichtung nicht feststellbar. Diese Aktion habe das erwünschte Ergebnis nicht erbracht (Autoverkehr verringern, Fahrgastzahlen erhöhen), sondern hat nur zusätzliche Kosten verursacht! Daraus will die ABB die Konsequenzen ziehen.

- Die ABB will innerörtliche Straßen durch Umgehungs-Straßen entlasten. Aufgrund der angespannten Verkehrslage auf der L183 und den voraussichtlichen erheblichen Zuwachs an Verkehren durch die Baugebiete Me16 und Me18 in Merten bestehe akuter Handlungsbedarf für eine Umgehungsstraße. Es handelt sich hier um die Verlängerung der L281 in Richtung Walberberg/Brühl. Diese Verlängerung wurde seinerzeit aus dem Flächennutzungsplan gestrichen und folglich nicht weiter verfolgt. Die Stadt Bornheim sollte diesbezüglich Kontakt mit Straßen.NRW aufnehmen, da das Thema durch die Bebauungspläne Me16 und ME18 wieder aktuell ist. (*2) Die ABB unterstützt nach wie vor die vom Rat (CDU, UWG, FDP, ABB) beschlossene Umgehungsstraße in Hersel, um den überlasteten Verkehrsknotenpunkt L300/L118 zu entlasten. (*1)
- Aufgrund der angespannten finanziellen Haushaltslage der Stadt Bornheim, sieht die ABB wenig Spielraum für neue Projekte. Bei allen Baumaßnahmen sei ein sinnvoller Umgang mit den finanziellen Mitteln der Stadt ein wichtiges Ziel der ABB. Es sollten jene Projekte bevorzugt werden, die wenig kosten und die nachweislich eine positive Wirkung erzielen.
- Generell müssen aus der Sicht der ABB alle Verkehre gleichberechtigt gefördert werden. Eine ideologisierte Verkehrspolitik mit grundsätzlichem Vorrang für eine bestimmte Gruppe von Verkehrsteilnehmern zu Lasten einer anderen Gruppe von Verkehrsteilnehmern lehnt die ABB ab. Es gebe keine schwarze oder grüne Verkehrspolitik. Es müsse das ausgeführt werden, was dringend erforderlich ist, was nachweislich Nutzen bringt und was gemäß der aktuellen Finanzlage der Stadt auch finanziert werden kann!

Elektro-Mobilität

Die E-Mobilität für PKW 's ist nach Angabe der ABB bestenfalls eine Übergangstechnologie. Wie zum Beispiel die Energiesparlampen von den LED-Leuchtmitteln abgelöst wurden. Folglich will man keine Ladestationen für PKW's, für die die Stadt Zuschüsse gibt oder die sie selbst finanziert.

Die erheblichen Umweltschäden bei der Förderung des sehr knappen Rohstoffes Lithium, die problematische Entsorgung der Akkus, die leichte Entzündlichkeit und das Brandverhalten der Batterien oder die fehlende Verwertung der Batterien, die extrem geringe Reichweite der Fahrzeuge bei niedrigen Temperaturen und die begrenzte Lebensdauer der Batterien sprechen nicht für den Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektrofahrzeuge. Reine Elektrofahrzeuge sind nach Angabe der ABB gegenüber Hybridfahrzeugen keine Alternative!

Die ABB setzt sich für eine Entideologiesierung der Technik ein und will auch keine Ideologiesierung der Verkehrspolitik in Bornheim. Physik und Chemie folgten keinen Parteitagebeschlüssen sondern unterlägen den Naturgesetzen.

Autobahnverbindung Rheinspange 553

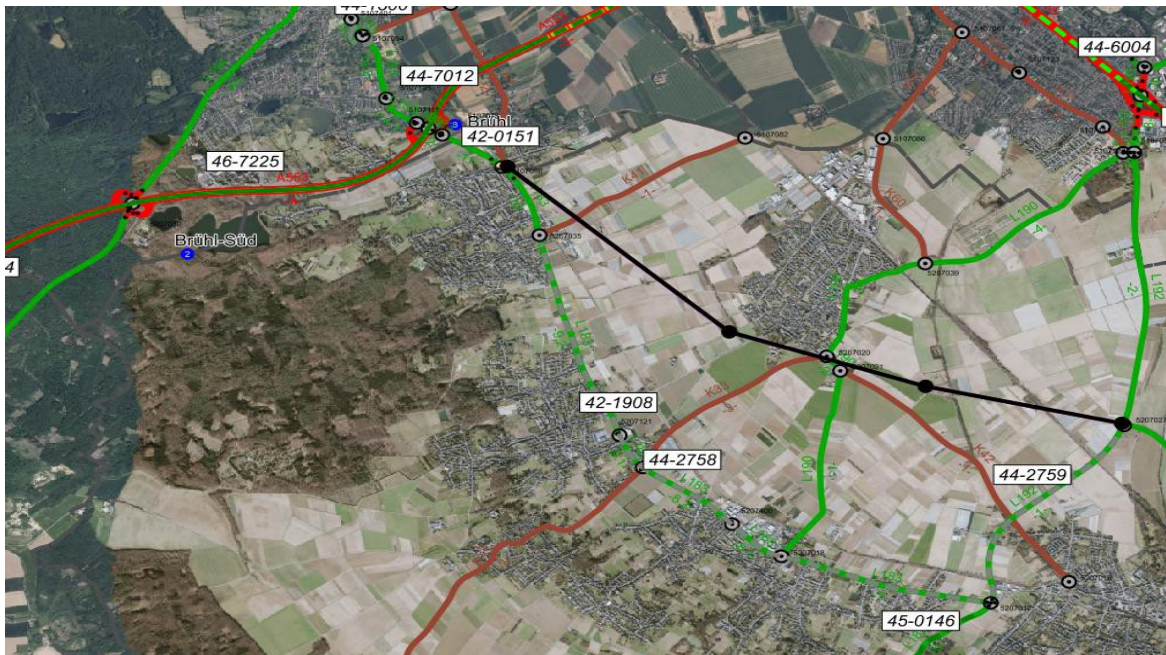
Die geplante Verbindung zwischen der A555 und der A59, ungefähr in der Mitte zwischen Köln und Bonn, zur Entlastung der Rheinbrücken in Köln und Bonn, ist nach Angabe der ABB seit 10 Jahren überfällig! Wer zu den Hauptverkehrszeiten die Brücken in Köln und Bonn befahren muss, könne die Notwendigkeit einer Entlastungsverbindung täglich persönlich erleben. Die ABB lehnt eine reine Brückenlösung ab, weil diese in den dicht besiedelten Gebieten beidseitig vom Rhein zwischen Köln und Bonn für die Anlieger nicht zumutbar sei. Statt dessen unterstützt die ABB eine teilweise Tunnellösung! Die Rheinspange 553 soll nach Angabe der ABB da gebaut werden, wo sie gemäß gleichgewichtiger Kriterien wie

- **Wirksamkeit der Verkehrsentslastung der Brücken in Köln und Bonn**
- **Möglichst geringe Belastung der Anlieger**
- **Umweltverträglichkeit**
- **Wirtschaftlichkeit**
- **Trinkwasserschutz / Wasserschutzgebiete**

optimal und sinnvoll ist. Die derzeitige Gewichtung der Kriterien bei den vorliegenden Planungen, in denen die Belastung der Anlieger nur mit lächerlichen 2,5%, die Wirtschaftlichkeit aber mit 30% berücksichtigt wird, lehnt die ABB ab. Die ABB unterstützt den Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim vom 09.12.2020 zu den derzeitigen Planungen der Rheinspange 553.



Anlage (*1)



Anlage (*2)

Bornheim, den 06. Februar 2021

Paul Breuer